

Corbyn fordert Neuwahlen

Brexit Der britische Oppositionsführer Jeremy Corbyn fordert Neuwahlen, sollte das Parlament den von Premierministerin Theresa May und der EU ausgehandelten Brexit-Vertrag ablehnen. Eine Neuwahl des Parlaments müsse Vorrang vor einem zweiten Referendum über einen Ausstieg Grossbritanniens aus der EU haben, sagte Corbyn. Labour werde gegen den Austrittsvertrag stimmen, kündigte der Labour-Chef gestern im nordenglischen Wakefield an. Sollte eine Parlamentswahl nicht sichergestellt werden, dann werde seine Partei alle Optionen auf den Tisch legen, auch die, sich für eine erneute Volksabstimmung einzusetzen. «Aber eine Wahl muss Vorrang haben. Sie ist nicht nur die praktikabelste Option, sie ist auch die demokratischste Option.»

Das Unterhaus debattiert derzeit über den Brexit-Vertrag, auf den sich May und die EU nach langwierigen Verhandlungen verständigt haben. Die Zustimmung der britischen Abgeordneten ist ungewiss. May dringt jedoch darauf, um einen unregelmäßigen Austritt des Landes aus der EU, unter dem auch die heimische Wirtschaft leiden würde, zu verhindern. (sda)

Premierminister tritt zurück

Taiwan Nach einer Wahlschlappe seiner Partei hat der taiwanische Premierminister seinen Rücktritt angekündigt. Er wolle heute Freitag das Amt niederlegen, sagte Lai Ching-te gestern. Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen habe seinem Vorhaben zugestimmt und werde einen Nachfolger bekanntgeben. Dabei könnte es sich um den früheren Premier Su Tseng-chang handeln, der ebenfalls der Demokratischen Fortschrittspartei DPP angehört.

Lai Ching-tes Rücktritt wird als Konsequenz der Wahlschlappe gewertet, die die DPP bei den Kommunalwahlen im November erlitten hatte. Die Wahlen gelten als Stimmungstest für die nächsten nationalen Wahlen 2020. Die DPP gewann lediglich 6 der 22 Städte und Regionen. Nach der Niederlage hatte Tsai Ing-wen ihren Posten als DPP-Chefin geräumt, blieb aber Präsidentin des Landes. (sda)

Historischer Machtwechsel

Kongo Oppositionskandidat Félix Tshisekedi ist zum Wahlsieger erklärt worden. Es bahnt sich der erste friedliche Machtwechsel in der Geschichte des unabhängigen Kongo an. Doch dieser hat einen fahlen Beigeschmack.

Markus Schönherr, Kapstadt

Er galt als Hoffnungsträger – der leuchtende Stern für Millionen Kongolesen, die Korruption, Unterdrückung und Vetternwirtschaft satthaben: Als Kongos Oppositionsführer Etienne Tshisekedi im Winter 2017 in einem Spital in Brüssel starb, schien die Oppositionsbewegung vor dem Aus. Zwei Jahre später wird sein Sohn Félix neuer Präsident des Bürgerkriegslandes. Allerdings unter fragwürdigen Umständen.

Wie die nationale Wahlbehörde Ceni gestern Morgen bekanntgab, konnte Felix Tshisekedi 38 Prozent der Stimmen holen – und somit den Sieg. Damit steht die Demokratische Republik Kongo vor einem historischen Regierungswechsel. Entgegen der Erwartungen wurde der Kandidat der Regierungspartei Emmanuel Shadary nur Drittplatzierter. Einige Beobachter hatten im Vorfeld damit gerechnet, dass Shadary zum Sieger erklärt werde. Er gilt als Vertrauter des Langzeit-Präsidenten Joseph Kabila. Zuletzt hatte der Despot zwei Jahre über seine Amtszeit hinaus regiert. Ursprünglich sollten Wahlen bereits 2016 stattfinden.



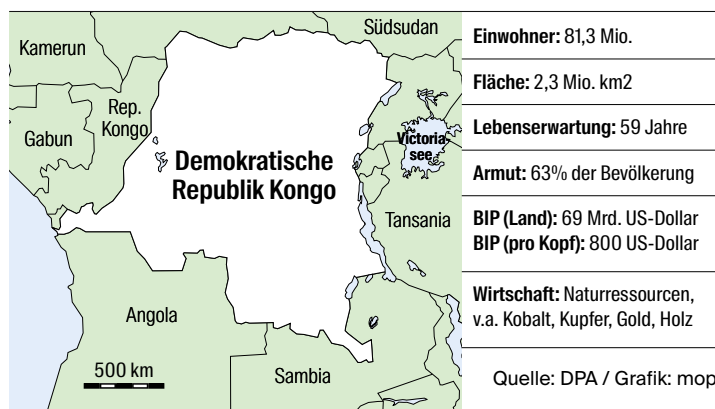
Anhänger des Wahlsiegers Félix Tshisekedi feiern auf den Strassen der Hauptstadt Kinshasa.

Bild: Hugh Kinsella Cunningham/EPA (10. Januar 2019)

Deal mit der Kabila-Partei

Trotz des Oppositionsziels gilt das Ergebnis als umstritten. Denn gewonnen habe Regimekritikern zufolge ausgerechnet der falsche Oppositionskandidat. Letzte Umfragen hatten dem Geschäftsmann Martin Fayulu die grössten Chancen auf das Präsidentenamt eingeräumt. Er wurde Zweiter. Noch am Tag zuvor hatte er die Wahlkommission davor gewarnt, manipulierte Ergebnisse zu veröffentlichen: «Der Ausgang der Wahl ist nicht verhandelbar.» Fayulu selbst sieht sich als Sieger.

Kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse wurden erste Gerüchte laut: Das Kabila-Regime soll eine Vereinbarung mit Oppositionsführer Tshisekedi getroffen haben. Möglicherweise sehe diese sogar eine Machtteilung vor. Verlierer Fayulu selbst sprach von einem «wahlgesteuerten Putsch». Auch Frankreich kritisierte nur Stunden nach Bekanntwerden von Tshisekedis Sieg den



Wahlausgang. «Es scheint tatsächlich so, als stünden die veröffentlichten Ergebnisse nicht im Einklang mit den wahren Resultaten», so Frankreichs Aussenminister Jean-Yves Le Drian gegenüber französischen Medien.

Tshisekedis Partei leugnet erwartungsgemäss, dass es einen Deal mit dem Regime gebe. Zwar sei es diese Woche zu Gesprächen mit der Regierungspartei gekommen, jedoch ohne un-

demokratische Vereinbarungen. Umso überraschender: Für einen Regimekritiker gab sich Tshisekedi gestern versöhnlich und lobte den Despoten Kabila gar als «Partner im demokratischen Wandel». Von heute an sei man nicht mehr Gegner. Seinen Unterstützern erklärte der gewählte Amtsinhaber: «Ich weiss, vielen von euch fällt es schwer zu akzeptieren. Doch ich bin aufrichtig, wenn ich Joseph Kabila

als Präsidenten der Republik die Ehre erweise.» Die Kongolesen reagierten mit gemischten Gefühlen auf den bevorstehenden Regierungswechsel. «Die Kabila-Ära ist vorüber. Vielleicht sollten wir nach vorne blicken und mit der friedlichen Machtübergabe ein neues Kapitel in der Geschichte des Kongos aufschlagen», sagt Jean Bwasa. Der Regimekritiker lebt als Sprecher der kongolesischen Diaspora in Südafrika. Jedoch gibt der Politaktivist zu bedenken: «Weshalb ist Felix Tshisekedi vom Weg seines Vaters abgekommen, was die Rechtsstaatlichkeit betrifft? Die Menschen auf dem Altar von Gier und Selbstinteresse zu opfern – sind das nicht narzisstische Motive, um Präsident zu werden?»

Für das rohstoffreiche zentralafrikanische Land steht viel auf dem Spiel. Seit der Unabhängigkeit von Belgien 1960 erlebte die DR Kongo keinen friedlichen Machtwechsel. Für alt Präsident Joseph Kabila, der vor 18 Jahren

die Macht von seinem Vater übernommen hatte, könnte Tshisekedi als neuer Präsident eine Notlösung sein. Laut Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch, habe Kabila jenen Kandidaten gewählt, der ihn «wahrscheinlich nicht für seine massive Korruption anklagen wird».

Sorge vor Unruhen

Die Augen sind nun auf Wahlverlierer Fayulu gerichtet: Wird er seine Anhänger zu Protesten aufrufen oder das Ergebnis vor Gericht anfechten? Bereits im Vorfeld waren bei Oppositionskundgebungen mehrere Menschen erschossen worden. Am Wahltag selbst starben bei Zusammenstössen zwischen Sicherheitskräften und Wählern mindestens vier Menschen. Vor der Ergebnisverkündung patrouillierten bewaffnete Spezialtruppen der Polizei in der Hauptstadt Kinshasa. Beobachter vor Ort sprechen von «massiver Militärüberwachung».

Darum versöhnt sich die arabische Welt mit Assad

Syrien-Konflikt Bis vor kurzem haben die arabischen Staaten den syrischen Diktator Assad noch verteufelt. Jetzt vollzieht sich ein Kurswechsel – auch um den Iran zu schwächen.

Sechs Jahre lang hatte der saudische Hassprediger Mohammed al-Arifi für den «heiligen Krieg» gegen «Assad, den Ungläubigen» geworben. Der auch in der Schweiz agitierende «Doktor des Glaubens» galt mit über 20 Millionen Follower auf Twitter als Star der internationalen Dschihadistenszene. Auch über arabische Fernsehsender erreichte er ein Millionenpublikum – bis ihm um die Jahreswende von der saudischen Regierung ein Maulkorb verpasst wurde.

Al-Arifi wurde aufgefordert, seinen Twitter-Account zu schliessen. Bankkonten mit Spendengeldern für die syrische

Opposition liess die Regierung in Riad einfrieren. Selbst die Fahnen vor ihren Büros mussten die seit 2012 von Saudi-Arabien finanzierten Widerstandsgruppen inzwischen einholen.

Der Kurswechsel kommt für Experten nicht überraschend. Mit Widerwillen habe nun auch Saudi-Arabien akzeptiert, dass Baschar al-Assad den Bürgerkrieg zu seinen Gunsten entschieden habe, erklärt Sebastian Sons von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. «Um zumindest Syrien dem verhassten Iran nicht gänzlich zu überlassen, wird man mit Assad in Zukunft zusammenarbeiten.»

Den «entscheidenden Wendepunkt» markierte nach Einschätzung des Orientalisten Günter Meyer ein Tweet von Donald Trump im Juli 2017. Dieser hatte die Einstellung der Unterstützung für die militärische Ausrüstung von Assad-Gegnern angekündigt. Das habe es syrischen Regierungstruppen ermöglicht, mit russischer und iranischer Hilfe rund zwei Drittel des Landes unter Kontrolle zu bekommen.

Auch die arabische Welt musste daraufhin einen Strategiewechsel vollziehen, der im September letzten Jahres «mit einer überschwänglichen Begrüssung zwischen dem bahrainischen und

syrischen Aussenminister» eingeleitet worden sei, sagt Meyer, der an der Universität von Mainz das Zentrum für Forschung zur Arabischen Welt leitet.

Wiedereinzug in die Arabische Liga

Eine stärkere arabische Rolle in Syrien sei jetzt nötig, um der Türkei und dem Iran Paroli bieten zu können, verteidigte Anwar Gargasch, Staatssekretär im Aussenministerium der Emirate, die Wiederannäherung an den langjährigen Erzfeind. Selbst die Arabische Liga, die vor fünf Jahren den Sitz des Assad-Regimes der syrischen Opposition überlassen

hat, könnte bei ihrem nächsten Gipfeltreffen in Tunis Ende März den Diktator offiziell rehabilitieren. Dessen Land dürfe nicht länger ausserhalb der Liga stehen, verkündete der tunesische Präsidentenberater Lazhar al-Qorawi al-Chabi letzte Woche in Beirut. Dort sollen auf einem panarabischen Wirtschaftsgipfel in der nächsten Woche «weitere Annäherungsschritte» zwischen Syrien und dem Rest der arabischen Welt vollzogen werden.

Auch Geld dürfte dann ein Thema sein. Das Assad-Regime hat die Kosten für den Wiederaufbau auf 350 Milliarden Dollar veranschlagt und erwartet von den

Golfstaaten grosszügige Unterstützung. Diese befinden sich gegenüber dem finanzschwachen Iran in einer besseren Position und könnten mit der Vergabe von Milliardenhilfsgeldern punkten.

Dass mit saudischen Petrodollars der Einfluss des Iran in Syrien geschwächt wird, hält der Nahostexperte Günter Meyer für unwahrscheinlich. Erst kürzlich hätten Damaskus und Teheran ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, das privaten und staatlichen Unternehmen aus dem Iran eine Vorzugsbehandlung einräume.

Michael Wrase, Limassol